

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassentel.: Dresden 1538  
Bürostraße Riesa Nr. 52.

Nr. 134.

Freitag, 12. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Elben, 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Reflameszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemdgröße Maßstab richtig, wenn der Betrag verzahlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die Erklärungen Waldwins.

Die Erklärungen, die der englische Premierminister Baldwin zu den gegenwärtigen Erörterungen über die Sicherheitsfrage gegeben hat, bilden den Gegenstand lebhafter Besprechungen in den deutschen Regierungskreisen. In dem Augenblick, wo die Überzeugung der alliierten Sicherheitsnote bekräftigt ist, man in der deutschen Diplomatie sehr lebhaft daran interessiert, daß gerade von England eine Interpretation der mit dem Völkerbund zusammenhängenden Probleme gegeben wird. Die Abmachungen, die der scheinbar sehr franzosenfreundliche Außenminister Chamberlain in Genf mit Waldwin eingegangen ist, sollen nach den Erklärungen Waldwins lediglich die Grundlagen zu Verhandlungen mit Deutschland bilden. Diese Äußerung ist daher geeignet, die in Deutschland entstandene Beunruhigung wesentlich anzumildern, obwohl man nach wie vor die Notwendigkeit anerkennt, in der Frage des Durchmarschrechtes deutschseits auf einer ganz unnachgiebigen Haltung zu beharren. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Sowjetrussland im Falle eines russisch-polnischen Krieges die deutsche Neutralität nicht respektieren würde, wenn Frankreich das Recht dazu haben sollte, seinen Aufmarsch auf deutschem Gebiet zu vollziehen. Der Sinn des ganzen Sicherheitspaktes, der zur Garantierung des Friedens der Welt dienen soll, würde verloren gehen, wenn bei jeder Kriegsgefahr im Osten die ganz unbeteiligten Mächte wie beispielsweise Deutschland in Mitleidenhaft gezogen werden können.

Man weiß heute noch nicht genau, welche Vereinbarungen zwischen Briand und Chamberlain getroffen worden sind, aber man hat in den Berliner Regierungskreisen die Vermutung, daß die französische Regierung absichtlich diejenigen Punkte hervorgehoben hat, die ausschließlich das englische Entgegenkommen gegenüber Frankreich betreffen. Der französische Außenminister Briand hat zweifellos eine große Ungeschicklichkeit begangen, als er durch Havas eine tendenziöse Darstellung gab, die auf alle beteiligten Länder einen alarmierenden Eindruck ausüben mußte. Heute findet die außenpolitische Lage bei den zuständigen deutschen Stellen eine wesentlich ruhigere Beurteilung, nachdem ganz offensichtlich zu Tage getreten ist, welche Rückwirkungen die französische Darstellung in England und Italien sowie teilweise auch in Amerika hervorgerufen haben. Da man deutschseits den ersten Schritt zur Erörterung der Sicherheitsfrage getan hat, erscheint die Position Deutschlands sehr gehärtet und sogar im Verhältnis zu der der französischen Regierung beinahe günstig. Namentlich in moralischer Hinsicht wird die Haltung Deutschlands den härtesten Rückhalt in der ganzen Welt finden, nachdem das deutsche Sicherheitsangebot jetzt durch die Veröffentlichungen der englischen Presse in allen seinen Einzelheiten bekannt geworden ist.

Sobald die Note der französischen Regierung über das Sicherheitsproblem in Berlin überreicht ist, werden die Parteiführer abermals vom Reichstagsabgeordneten Dr. Weislich über die sich dann in der Lage fühlen dürfte, eingehende Mitteilungen über die weiteren Absichten der Reichsregierung zu machen. Die in den letzten Tagen vorbereiteten diplomatischen Schritte können selbstverständlich erst in dem Augenblick erfolgen, wo die Sicherheitsnote vom Reichskabinett geprüft und die deutsche Stellungnahme dazu einigermaßen festgelegt sein wird. Man hat allgemein in den politischen Kreisen den Eindruck, daß die deutsche Antwort auf die Sicherheitsnote wesentlich schneller erfolgen kann als auf die Entwarnungsforderungen, deren Annahme durch Deutschland absolut in Frage gestellt ist.

## Tagung der Wirtschaftspartei.

Berlin. Die Wirtschaftspartei veranstaltete am Mittwoch in Berlin eine große Versammlung, in der der Parteivorsitzende Reichstagsabgeordnete Dr. Weislich über die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Probleme in einem längeren Vortrage äußerte. Der Redner übte Kritik an der bisherigen Wirtschaftslage, die den Charakter einer staatlichen Sozialisierung trage, und ging dann auf die gegenwärtigen Fragen ein. Die großen Arbeiten, die der Reichstag zu leisten habe, gäben ein Bild von den Schwierigkeiten, in denen sich das deutsche Volk befände. Deutschland komme aus den Schmirzzeiten nicht heraus, wenn es sich nicht daran gewöhne, seine Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Die Hauptursache der Wirtschaftsjerrüttung sei neben dem Verkauf der Perle und dem Londoner Gutachten die Tatsache, daß das deutsche Volk immer mehr ausgebeutet habe, als ihm Einnahmequellen zur Verfügung ständen. Die nächste Arbeit des Reichstages werde sich darauf erstrecken, eine Vereinfachung eines unübersichtlichen Steuer-

systems herbeizuführen. Der Mittelstand habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß er gewillt war, dem Staat zu geben, was der Staat brauche. Aber er müsse sich dagegen wehren, wenn sich die bisherigen Steuern laufend gegen ihn auswirkten. Der Reichstag habe sich einverstanden erklärt, die noch im Lebensmittelhandel bestehenden Rechte der Zwangswirtschaft zu beseitigen, aber die sozialistischen Regierungen in Preußen und Sachsen hätten gegen die Aufhebung des Steuerzwanges scharfen Widerspruch erhoben. Was die Wohnungszwangswirtschaft anbetreffe, so stehe die Wirtschaftspartei grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß jedes Aus-

nahmegesetz zu verwerfen sei, und demgemäß auch ein Ausnahmegesetz in der Wohnungszwangswirtschaft.

## Vor der Reichsamnestie.

Berlin. Wie wir aus Kreisen, die dem Reichsjustizministerium nahesteht, erfahren, ist die Verkündung der Amnestie nur noch eine Frage von Tagen. Es wird allgemein angenommen, daß das Kabinett unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen mit den Parteien die Amnestie proklamieren wird — vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages — der ja auf Grund der Verkündung der Vollstreckung der Rechtskraft verbleiben muß. Über den Inhalt und die Tragweite der Amnestie kann vorläufig nichts Näheres mitgeteilt werden, da sich die zuständigen Departementen in vollkommenem Stillstehen hüllen. Man nimmt an, daß die Amnestie einen großen Teil der unzufriedenen Leute, die auf die Verkündung warten, enttäuschen wird. Es wird als gänzlich ausgeschlossen angesehen, daß Verbrechen oder Vergehen allgemeiner Art, die eine höhere Strafe als ein Jahr Gefängnis bedingen, unter die Amnestie fallen. Höchstwahrscheinlich werden alle leichten Inzestvergehen in Frage kommen, die von einem bestimmten Stichtage an begangen worden sind. Die Amnestie endet mit dem Tode des Amtsantritts des Reichspräsidenten.

Täglich gehen Hunderte von Gnadengesuchen beim Reichsjustizministerium ein. Auch telephonische und persönliche Anfragen über den Zeitpunkt der Veröffentlichung häufen sich von Tag zu Tag. Der Grund der auffälligen Verzögerung der ganzen Angelegenheit dürfte in erster Linie in der Kostenfrage zu suchen sein, da die bisher entstandenen Kosten aller durch die Amnestie zur Einstellung kommenden Verfahren der Staatskasse zur Last fallen. Auf jeden Fall erwartet man in juristischen Kreisen, daß die Verkündung des Gnadenerlasses namentlich in den allernächsten Tagen erfolgen wird.

## Aufruf zur nationalen Einigung.

Eine Entschließung der Nationalliberalen Reichspartei. Berlin. Der Gesamtverband der Nationalliberalen Reichspartei hat folgende Entschließung gefaßt:

Die derzeitigen außenpolitischen Vorgänge stellen das deutsche Volk vor die schwerwiegendsten Entschlüsse. Diese sollen Entscheidungen zeitigen, die nur dann Aussicht auf erträgliche Lebensmöglichkeiten in der Zukunft für uns lassen, wenn die Nation geschlossen den Willen zur Freiheit und Selbstständigkeit kraftvoll bekundet. Die Entwarnungs- und Sicherheitsfragen erzwingen die Abkehr vom fanatischen Faschismus. Sie können nur mit einem Höchstmaß realpolitischer Klugheit und in erträglicher Weise gelöst werden, wenn hinter der Regierung ein einheitlicher Volkswille steht.

Wir richten daher an alle nationalgesinnten Staatsbürger und Parteien die dringende Bitte, den innenpolitischen Forderungen der Verhandlungen der nächsten Zeit ausnahmslos und der Regierung durch die Bekundung und Bekräftigung eines einheitlichen nationalen Willens, frei von Ueberhebung, aber auch frei von mörderischer Unterwürfigkeit, die Stützen zu bieten, deren sie in den schwersten Verhandlungen der kommenden Wochen und Monate unbedingt bedarf.

## Die internationale Arbeitskonferenz.

Genf. Ueber das Ergebnis der Konferenz verlautet aus den Kreisen der deutschen Delegation, die Deklaration des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag mache zwar nur langsame Fortschritte; die Befriedigung der einzelnen Länder nähere sich aber immer mehr dem Inhalt des Washingtoner Übereinkommens. Eine Förderung werde aus etwaigen neuen Zusammentreffen der Arbeitsminister erwachsen.

Eine gewisse Verstimmung herrscht in den Kreisen der Arbeiter darüber, daß für den Schutz der Arbeiter weder ein Übereinkommen noch eine Entschließung zustande gekommen ist.

Einen Erfolg haben dagegen die Arbeitervertreter in der Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien, durch die die Nachtarbeit für Arbeiter und Meister unterläßt wird.

Fruchtbringende Arbeit hat die Konferenz auf dem Gebiete der Sozialversicherung geleistet, auf dem Entwurfe über die gleiche Behandlung von Inländern und Ausländern bei Unfallentschädigungen, ferner über Entschädigungen aus Arbeitsunfällen im allgemeinen und über die Ausdehnung der Unfallentschädigungen auf gewerbliche Berufstätigkeiten angenommen wurden. Eine bühliche Übereinstimmung aller Gruppen war übrigens bei der Behandlung der Grundprobleme der Sozialversicherung erreicht worden.

## Von der Demokratischen Partei.

Berlin. Der Hauptverband der Deutschen Demokratischen Partei nahm in seiner gestrigen Sitzung zunächst eingehende Vorträge der Abgeordneten Erkeling und Dr. Fischer über die politische Lage und über die neue Steuererhebung entgegen. Dabei wurden alle krennenden innen- und außenpolitischen Tagesfragen berührt. In der auswärtigen Politik habe die Partei den Standpunkt der internationalen Verständigung zu unterstehen, aber nur unter scharfer Aufrechterhaltung des Gedankens nationaler Selbstständigkeit und Freiheit. In der mehrstündigen Aus-

sprache wurde die Haltung der Parteileitung und der demokratischen Reichstagsfraktion einmütig gebilligt.

## Der Höfle-Untersuchungsausschuß

des preussischen Landtages setzte am Donnerstag seine Verhandlungen mit der Vernehmung des Ministerialdirektors a. D. Raub fort, der wegen der Affäre Barmat-Schneidung inhaftiert gewesen ist. Raub, der wegen eines Verstoßes auch im Gefängnislazarett gelegen hat, äußert sich über die dort erlittene Behandlung. Er sei am 1. Januar ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert, habe gleich eine ärztliche Untersuchung beantragt, die aber erst am 26. Januar erfolgt ist. Die Visite des Dr. Thiel habe in der Regel höchstens 5-8 Minuten gedauert. Die Kontrolle über die Kartotika sei so schlecht gewesen, daß dem Zeugen möglich gewesen wäre, einige der verordneten Schlafmittel mit nach Hause zu nehmen. — Der Ausschuß hörte dann noch verschiedene Befragte aus dem Gefängnislazarett, aus deren Vernehmungen sich für den Vorsitzenden, Abg. Seemann (Dnat.), die Feststellung ergibt, daß im Gefängnislazarett auf jeden Fall sehr verschwenderisch mit der Verabreichung von Kartotika umgegangen sei. Einer der Befragten meinte, es treffe zu, wenn gesagt werde: „Hier im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses werden die Leute zu Morphinisten gezogen“. Auf eine Frage des Abg. Dr. Beerberg (Dnat.), ob durch übermäßige Anwendung narkotischer Mittel bei Lazarettinsassen able Nachwirkungen eingetreten seien, erklärt der Zeuge, es seien ihm außer Dr. Höfle zwei Fälle von Luminalvergiftung bekannt geworden. — Der Ausschuß verließ sich dann.

## Der chinesische Brandherd.

Aus Peking kommen neue und recht beachtenswerte Nachrichten. Die beiden chinesischen Generale Liang Xia Bin und Feng, die sich bisher befehligten, scheinen sich vorläufig ausgerechnet zu haben. Sie sandten etwa gleichlautende Telegramme an den Präsidenten Chinas, worin sie diesen auffordern, das Volk zu schützen und die ganze Angelegenheit mit Festigkeit zu behandeln. Der nationale Einschlag, der bei den von Schanghai ausgehenden Unruhen unverkennbar war, wirkt also in der Richtung der Verstärkung des inneren Stillschens. Andererseits bringt der soziale d. h. bolschewistische Einschlag es mit sich, daß die Mächtigere Gruppe in China sich zu verkleinern beginnt. Die Amerikaner standen bisher im Wettbewerb mit den Japanern um die Gunst Rußlands, das diese Gelegenheit benutzt hat, um einen Vertrag mit Tokio abzuschließen. Aber die Aspirationen der Sowjetleute geben nun beiden Staaten zu weit, und Japan ist gewandt genug, sofort die Spitze gegen seinen russischen Bundesgenossen zu richten und dafür die Hilfe der anderen Mächte zu beanspruchen. Ein echt ostasiatisches Spiel.

Dankau. (Funkpruch.) Nach ersten fremdenindischen Unruhen griffen chinesische Aufreiter das Areal der britischen Freiwilligen an. Als bei der Abwehr des Angriffs der Gebrauch einer Feuerwaffe nicht fruchtete, wurde auf die Angreifer Maschinengewehre eröffnet, wodurch 8 Chinesen getötet und viele verwundet wurden.

Hankau. (Funkpruch.) Bei einem Streit zwischen Kulis, bei dem es zu Steinwürfen kam, feuerte eine Abteilung der chinesischen Polizei über die Köpfe der Streitenden hinweg und zerstreute sie. Etwa 12 Kulis wurden verhaftet. Es handelt sich anscheinend bei dem Zusammenstoß um eine rein chinesische Angelegenheit, doch als die Kulis keine Arbeit aufnehmen wollten, wurden sie vom Mob angegriffen und daran gehindert.

## Das Wahlergebnis von Neuquidwales.

Sidney. (Funkpruch.) Die Feststellungen des endgültigen Ergebnisses der Wahlen von Neuquidwales ergaben eine Mehrheit von 2 Stimmen für die Arbeiterpartei. Premierminister Fuller ist zurückgetreten. Lang, der wahrscheinlich die Bildung des Kabinetts übernehmen wird, erklärte, die Arbeiterpartei beabsichtige nicht, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die die Stabilität in der Lage der Industrie gefährden könnten.

## Zur Betrugsangelegenheit bei der Reichsbahn.

Berlin. Wie die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft zu der Betrugsangelegenheit in Frankfurt a. M. mitteilt, ist der im Laufe der gerichtlichen Untersuchung verhaftete Oberbahnmeister in Neu-Weiden inzwischen von der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen worden. Verdächtigungen, die gegen andere Beamten erhoben worden sind, haben sich bisher nicht bestätigt.

## Die internationale Polizeitechnische Ausstellung.

die gegenwärtig in Karlsruhe stattfindet, erfreut sich einer außerordentlich starken Aufmerksamkeit. Es ist auch eine Abordnung der tschecho-slowakischen Polizei zur Teilnahme eingetroffen, die zur Verstärkung der überaus zahlreichen vertretenen ausländischen Polizeigruppen und zur Belebung des Ausstellungsbildes beiträgt. In dem in der Ausstellungshalle eingebauten Kinoraum finden täglich besondere Filmvorführungen statt, bei denen Kriminal-, Verkehrs- und andere Filme vorgeführt werden.